
PROLETARIAT ALLER LÄNDER
VEREINIGT EUCH!
DER EINZIGE WEG
2. JAHRGANG-NR 2
ORGAN der BOLSCHEWIKI-LENINISTEN
ÖSTERREICHS

FEBRUAR 1936 -- Preis 10 Groschen

ZUM 12. FEBRUAR.

Der zweite Jahrestag des Februar gibt erwünschte Gelegenheit, die Frage nach den Ursachen der Niederlage zu stellen. Nichts ist wichtiger als dies; denn nur die Klarheit der Arbeiter über die Gründe ihrer Niederlage befähigt sie zu einer richtigen Politik in der Gegenwart und zur Vorbereitung des Sieges in der Zukunft.

Vielfach herrscht die Vorstellung, die Ursache der Niederlage liege im Versagen, im Abseitsstehen der Massen. Aber die entscheidende Frage beginnt erst hier: Warum versagten die Massen? Unsere Antwort ist: Schuld trägt die österreichische Sozialdemokratie, ihre Führung.

Eine der tiefsten, ja die grundlegendste Lehre Lenins ist die Lehre von der Partei. Die Partei organisiert die Massen und führt sie in den Kampf. Sie ist das Instrument des Sieges Doch ist dies jede Partei? Nein. In der Arbeiterklasse gibt es verschiedene Parteien. Nur eine von ihnen kann das Werkzeug des Sieges werden. Unter Umständen auch keine von ihnen. Wovon hängt es ab, ob eine Partei die Arbeiter zur Macht führen kann? Von ihrem Programm! Von ihrer Politik! Von ihrem innerem Regime! Die alte SP pflegte immer zu sagen: "Siegen können wir nur, wenn wir einig bleiben." Wir bleiben einig, aber es siegte der Faschismus. Offenbar genügt die blosse Einheit nicht. Es muss eine besondere Einheit sein, basierend auf einem revolutionären Programm, auf einer revolutionären Politik. In Russland war die Arbeiterklasse jahrelang gespalten in Bolschewiki und Menschewiki. Doch trotz der Spaltung kam das russische Proletariat an die Macht. Wir dürfen sogar sagen: wegen der Spaltung. Denn nur dadurch, dass die Bolschewiki es ablehnten, sich mit den Menschewiki zu vereinigen, was nur auf Kosten ihres revolutionären Programms, der revolutionären Klarheit hätte geschehen können, blieb dem russischen Proletariat jenes Kraftzentrum erhalten, das

infolge seiner richtigen Politik zur gegebenen Zeit die überwiegende Mehrheit der Arbeiter im schärfsten Kampf gegen die Menschewiki um sich sammelte und zum Sieg führte. Das russische Proletariat war gespalten, aber es hatte eine revolutionäre Partei. Im entscheidenden Augenblick (in der revolutionären Situation) überwand diese Partei die Spaltung und begründete die Einheit der Arbeiter. Aber diesmal war es eine revolutionäre Einheit. Eine Einheit des revolutionären Programms, das seinen Ausdruck fand in der Losung: Alle Macht den Räten! Eine Einheit der revolutionären Politik, die ihren Ausdruck fand in der Praxis des bewaffneten Aufstands. Die Einheit der österreichischen Arbeiter, die in der Sozialdemokratie verwirklicht war, war dagegen eine reformistische Einheit. Eine Einheit auf der Grundlage reformistischen Programms. Durch den Stimmzettel zur Macht. Einer reformistischen Politik: des Abwartens, der Passivität, der Kapitulation ohne Ende. Diese Einheit untergrub die Kraft des Proletariats, vernichtete sein Vertrauen zu sich selbst und als schliesslich der Schutzbund losschlug, musste er isoliert bleiben.

Die alte SP glaubte von sich, sie sei eine revolutionäre Partei. Doch ob eine Partei revolutionär ist, hängt nicht davon ab, was sie von sich hält, sondern davon, welche Anschauungen sie vertritt, welche Politik sie macht. Aber leider war das Programm der österreichischen Sozialdemokratie nicht das Leninsche, sondern das Linzer-Programm. Was besagte dieses Programm? "Wir wollen zur Macht mit dem Stimmzettel; aber wenn uns jemand den Stimmzettel wegnimmt, greifen wir zur Gewehr." Schon in sich war dieses Programm falsch. Der wirkliche Revolutionär greift zur Gewehr, zur Gewalt dann, wenn dies Erfolg verspricht, das heisst, in jeder revolutionären Situation (die er nützt), unabhängig davon, ob ihm noch ein paar Prozent zur formalen Mehrheit fehlen. Warum auch nicht? Welche Moral kann dies verbieten? Die des Bürgertums, der bürgerlichen Demokratie, der also, gegen die sich der proletarische Kampf richtet? Der Austromarxist aber "greift zur Gewalt", wenn ihm der Stimmzettel entzogen wird. Wie aber, wenn die Bourgeoisie auf eine besonders günstige Situation wartet, sie systematisch vorbereitet, bevor sie die Demokratie sprengt? Nach dem Rezept des Linzer-Programms musste man tatenlos zusehen, denn sonst hätte man ja die heiligen Spielregeln der Demokratie verletzt, bevor es der Gegner getan hat. So war also das Linzer-Programm schon deswegen in sich falsch, weil es dem Gegner gestattete, die für ihn günstigste Situation zu wählen. Aber der Austro-Marxismus brachte es zustande durch seine Politik, durch seine politische Praxis die Dürftigkeit seines Programms noch zu übertrumpfen. 1918/19, in den Jahren der Roten Volkswehr, kämpften zurück, liess man jeden Angriff des Klassenfeindes unpariert, obwohl noch in dieser Zeit die Mehrheit der Soldaten auf der Seite der Arbeiter die damals auf ein blosses Wort ihrer Partei hin in den Kampf getreten waren. All dies, weil der Heilige Geist der Demokratie über den Parteivorstand der SP schwebte.

Im März 1933 verliess Dollfuß den Boden der Demokratie. Endlich der erlaubte Bürgerkriegsfall! Aber statt des Aufstandes kam die jämmerlichste Periode in der Geschichte der österr. Sozialdemokratie, eine Kette von Kapitulationen, die das Proletariat demoralisierten, seine Kraft lähmten und brachen. Von Anlass zu Anlass (Einführung der Zensur, Auflösung des Sch.B., usw.) verschob man den Termin des Losschlagens, ihn dadurch nur ungünstiger gestaltend. Als schliesslich die SP nun noch um Gnade winselte und der Schutzbund selber losschlug, war es viel zu spät. Der Generalstreik versagte, die Eisenbahner, die man vorher preisgegeben hatte, machten nicht mit, die Arbeiter standen abseits. Allein blieben die Schutzbündler und vollbrachten das Wunder an Heldenmut. Sie retteten die Ehre des Proletariats, doch ihr Kampf musste scheitern. Denn wiegen kann ein proletarischer Aufstand nur, wenn er der Abschluss ist eines sich steigernden Massenkampfes. Der Organisator eines solchen Massenkampfes, der Führer des Aufstandes, der revolutionäre Generalstabschef ist die Partei. Die entscheidende Lehre des Februar ist: Solange es an einer revolutionären Partei mangelt, kann das Proletariat nie zur Macht gelangen.

Weder RS noch KP sind eine solche Partei. Die RS gestehen ja selbst ein, "die Erben und Erneuerer der Sozialdemokratie zu sein". Eine revolutionäre Partei aber muss als erstes das Erbe der Sozialdemokratie radikal ausrotten. Man muss zugeben: dieses Erbe wird von der reformistischen Praxis an bis zur noch "radikalere" Phrase durch die RS würdig verwaltet. Die KP wieder ist der RS würdig. Sie haben sich auch gegenseitig als gleichwertige revolutionäre Parteien der Arbeiteröffentlichkeit angepriesen. Selbst wenn wir für einen Augenblick von der innerösterreichischen Politik der KP, die wir für falsch halten, absehen, ist sie schon durch ihre Zugehörigkeit zur Komintern - ebenso wie die RS durch ihre Zugehörigkeit zur III. Internationale Geist vom Geiste dieser Internationales. Man denke nur an die schonlose Unterstützung der Bourgeoisie, ihrer Armeen und ihrer Regierungen in allen jenen Ländern, die als Verbündete der EU gelten.

Die entscheidende Lehre des Februar ist: Um zu siegen, braucht die Arbeiterschaft eine wirklich revolutionäre kommunistische Partei, die instand ist, die Revolution gewissenhaft vorzubereiten und durchzuführen. Eine solche Partei aufzubauen, sehen wir "Trotzlisten", die wir ja nichts anderes sein wollen als wahre Leninisten, als unsere Hauptaufgabe an. An dieser unermüdlich zu arbeiten, versprechen wir der Arbeiterschaft und ihren toten Kämpfern des 12. Februar.

A U S A L L E R W E L T .

Das Hauptinteresse der Arbeiter gilt heute wohl den Ereignissen in Spanien. Die Linksentwicklung, die neue Aktivität der Massen nach den niedergeschlagenen Oktoberaufstand 1934, die unter andern in zahlreichen Wirtschaftskämpfen ihren Ausdruck fand, war auch von weitem erkennbar, die Ausschiffung des brutalen Konterrevolutionärs Gil Robles, die Bildungen von Regierungen der bürgerlichen Mitte, die Ausschreibung von Neuwahlen - das alles erfolgte unter dem Druck der wiedererwachten Massen. (Und nicht, wie manche naive Leute glauben, dank der Einsicht des Präsidenten Zamorra.) Dies hat jetzt seine Wirkung bei den Wahlen am 16. Februar geübt. Es wäre aber ganz falsch, in den Wahlen und in der Bildung der Regierung Azana den Auftakt zur Machtergreifung durch das Proletariat zu sehen. Denn dieser Wahlkampf wurde von der Linken im Zeichen der Volksfront geführt, und diese reicht von den Kommunisten bis zu den Linksbürgerlichen. Es kann aber niemand glauben, dass die Linksbürgerlichen Massnahmen in der Richtung der Revolution ergreifen könnten, auch wenn sie mit den erklärten Konterrevolutionären gewisse Differenzen in der Methode zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems haben. Man soll auch nicht vergessen, dass der Führer der Volksfront, Azana, schon mehrmals Ministerpräsident war und gerade durch seine Regierung der Konterrevolution der Weg geebnet wurde. Wir glauben nicht, dass die Auseinandersetzung zwischen dem Faschismus und der Revolution in Spanien schon entschieden ist. Wir meinen, dass diese Auseinandersetzung ungünstig beeinflusst ist durch die Tatsache, dass die Kommunisten, die - fälschlich - im Bewusstsein der Massen die Partei der Revolution darstellen, gemeinsam mit Azana auftreten und dadurch die Einstellung des Proletariats auf den bewaffneten Aufstand verhindern. Immerhin glauben wir, dass die Linksentwicklung in Spanien dem Proletariat aufs neue die Zeit und die Möglichkeit gibt, sich in Feuer der Ereignisse eine wahrhaft bolschewistische Partei zu schaffen und so zum Endsieg zu gelangen.

In Frankreich ist vor einigen Wochen Laval gestürzt worden und eine Regierung unter dem Vorsitz von Sarraut, dem von früher her bekannten Bolschewikenfresser, gebildet worden. Die KPF hat sich bei der Abstimmung über die Vertrauensfrage der Stimme enthalten und es auf diese Weise den Sozialisten ermöglicht, für die Regierung zu stimmen. So kann man diese Regierung eigentlich schon als Vorläufer einer Volksfrontregierung ansehen. Ueber ihre durch und durch bürgerliche Politik kann kein Zweifel bestehen. Aber auch etwa eine Regierung Daladier nach den Wahlen kann sich von der gegenwärtigen nicht wesentlich unterscheiden. Wer daran zweifelt, soll genau die Tätigkeit der neugebildeten Volksfrontregierung in Spanien und ihre Wirkung auf die Massen beobachten.

Die Kriegsgefahr im Fernen Osten hat sich in der letzten Zeit bedeutend verschärft. Die Angriffe des japanischen Imperialismus gegen die Sowjetunion wachsen dauernd an Stärke und Zahl. Dass es jetzt unmittelbar zum Krieg kommen wird, halten wir aber nicht als sehr wahrscheinlich; unter andern auch deshalb, weil der englische Imperialismus unter dem Eindruck des japanischen Vordringens in Nordchina und der Mongolei in diesen Tagen offenbar eine Schwenkung zu gunsten einer Zusammenarbeit mit der Sowjetunion vornimmt. Jedenfalls müssen wir damit rechnen, dass die japanischen Imperialisten plötzlich einen Krieg entfesseln und dass dann auch Hitler diese Gelegenheit dazu ausnützt, seinerseits seine Absichten gegen die SU zu verwirklichen. Da heisst es dann, alle Kräfte zum Schutz der SU einsetzen!

Der Krieg in Ostafrika geht weiter, ohne dass bisher noch eine Entscheidung in diesen Ringen, das auf beiden Seiten unermessliche Opfer fordert, gefallen wäre. Die Schlacht von Enderta, mit der Mussolinis Presse so viel Lärm schlägt, hat diese Entscheidung in Wirklichkeit auch nicht gebracht. Solche Siege haben auch die Abessinier schon oft errungen. Die entscheidenden Zugänge ins Innere des Landes sind den Italienern im Süden wie im Norden nach wie vor versperrt. Abgesehen davon, dass das Schicksal dieses Krieges sich nicht allein am Kriegsschauplatz entscheidet, sondern von der innern Entwicklung in Italien und vom Eingreifen des Weltproletariats und der Kolonialvölker abhängt. Doch ist es falsch, den Sturz Mussolinis vom Völkerbund zu erwarten, dessen Politik ausschliesslich von den Interessen der Imperialisten bestimmt wird.

Die Bemühungen der Westmächte die "Unabhängigkeit" Oesterreichs auch ohne Italien, das jetzt seine imperialistischen Interessen vor allem in Afrika verflochten, zu sichern, nehmen ihren Fortgang. In dieser Zusammenhang sind Starhembergs Besprechungen in Paris, bei denen er auf die Habsburgerrestauration faktisch Verzicht leisten musste, von Wichtigkeit. ebenso Schusschniggs Reise nach Prag und die Bemühungen des tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Hodza um die "Organisierung Mitteleuropas". Wie weit diese Bestrebungen Erfolg haben werden, können wir schwer sagen. Vor allem, weil wir nicht wissen, wie stark die Widerstände innerhalb des österreichischen Regierungslagers selbst sind. Jedenfalls wollen es die beteiligten Staaten offenbar mit einer vertragsfähigen österreichischen Regierung zu tun haben. Die gegenwärtige Basis der Regierung bietet ihnen dafür keine genügende Sicherheit. So sind wohl die eifrigen Bemühungen der Regierung zu deuten, sich zumindest mit einem Teil der Arbeiterschaft auszusöhnen; daher die der Amnestie folgenden Versöhnungsgesten und die Abschwächung der Früher so scharfen Stellungnahme gegen links. Es gibt starke Kräfte in der heutigen illegalen Bewegung, die einer Verständigung mit der Regierung nicht abgeneigt sind. In der Frage der "Unabhängigkeit" Oesterreichs z.B. besteht zwischen Regierung einerseits und den RS und der KP andererseits keine grundsätzlicher Gegensatz, wenn auch letztere ihr Eintreten für die Unabhängigkeit an gewisse Bedingungen knüpfen. Für einen revolutionären Marxisten ist aber die Stellung der absoluten Unversöhnlichkeit in allen diesen Fragen selbstverständlich.

(BEITRAG ZU EINER ÖSTERREICHISCHEN DISKUSSION.)

1. Zur Einschätzung des Regimes.

Eine Frage, die seit Februar 1934 aus den Diskussionen unserer österreichischen Genossen nicht weicht, ist die der Einschätzung des Regimes. Hat auch die Behandlung dieser Frage vielfach rein akademischen Charakter angenommen, so ist ihre richtige Beantwortung dennoch nicht ohne Bedeutung für die Bestimmung der Kampfaufgaben des Proletariats.

Es ist eigentlich die Mehrzahl der Genossen, die das gegenwärtige Regime als bonapartistisch bezeichnet und den Endkampf in die Zukunft gerückt sieht in Form einer Auseinandersetzung mit den Nazis. Sie berufen sich dabei auf die ungemein schmale Massenbasis der gegenwärtigen Regierungsschicht und auch auf die "verhältnismässig" grossen Bewegungsfreiheit der illegalen Arbeiterbewegung. Untersuchen wir die Frage auf ihre Wichtigkeit für die Perspektiven des Klassenkampfes. Der Bonapartismus im Brüning-Papen-Schleicherschen Sinn war der letzte Versuch der Bourgeoisie, nach Ausschaltung der parlamentarischen Regierungsmaschinerie ihre Macht durch den bürokratisch-polizeilichen Apparat zu sichern und den Zusammenprall des revolutionären und konterrevolutionären Lagers zu unterbinden. Gerade in diesem Versuche, den unvermeidlich gewordenen Bürgerkrieg zu vermeiden, liegt eben der unbeständige, schwankende, episodische Charakter des "vorbeugenden Bonapartismus". Sein Entstehen bedeutet vom Standpunkt der revolutionären Strategie die Ankündigung der herannahenden Entscheidungsschlacht, den Eintritt in die vorrevolutionäre Periode. Kann von dem in Oesterreich die Rede sein? Das österreichische Proletariat befindet sich nicht vor der Entscheidungsschlacht sondern nach der Niederlage, nicht in einer vorrevolutionären, sondern in einer konterrevolutionären Periode.

"Und der Kampf der Regierung gegen die Nazi, die wirkliche faschistische Massenbewegung? Ist nicht gerade der Zweifrontenkrieg das wesentliche Merkmal des Bonapartismus?"

Dieser Einwand lässt sich nicht mit Formeln beantworten, sondern nur durch eine konkrete Analyse der widerspruchsvollen Entwicklung der österreichischen Konterrevolution.

Die eigentliche bonapartistische Aera in Oesterreich begann mit der Heranziehung des berühmten "Kriegsnotstandsparagraphen" (des österreichischen § 48) im Oktober 1932 und fand seine Vervollständigung in der Auflösung des Parlaments im März 1933. Dollfuss ging getreu in den Fussstapfen seiner deutschen bonapartistischen Vorgänger. Aber er ging weiter. Dank einer Reihe innerer und äusserer Faktoren gelang ihm, wozu Schleicher gescheitert war: die Spaltung des faschistischen Lagers. Die Koalition mit der faschistischen Kampfbewegung der Heimwehren (die man fälschlicherweise manchmal als Bauernfaschismus bezeichnet) diente Dollfuss geraume Zeit als Deckung gegen rechts und als Drohung gegen links. Aber auch sie konnte sein Regime des vorbeugenden Bonapartismus nicht verewigen. Bei den Versuchen nach Erweiterung seiner Massenbasis stiess Dollfuss auf zwei Wände: Den "sozialen Kanzler" zu spielen und sich so die Tolerierung der SP zu erkaufen, daran hinderte ihn der Druck der kleinbürgerlichen Konterrevolution. Den wiederholten Versuchen einer Verständigung mit dem Nazi Flügel aber stellte sich ontgütig das warnende Beispiel des Untergangs der Zentrumsparlei im Dritten Reich in

den Weg. Das unausgesetzte Lavieren steigerte die politische Tenazität des Landes zur Siedehitze. Der Antimarkxismus der Nazi brachte die Heimwehren immer mehr ins Gedränge. Die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen wurde für den Heimwehrfaschismus eine Frage für Sein oder Nichtsein. Es hiess, dem braunen Konkurrenten um jeden Preis zuvorzukommen. So kam es zur grossangeregten Provokation am 12. Februar: Der Bonapartismus, der den Bürgerkrieg vorbeugen sollte, musste ihn selbst eröffnen, wollte er den Sieg des braunen Konkurrenten verhindern. Die Dollfuß-Starhemberg-Feys-Koalition hatte das Programm der Nazi im wichtigsten Punkte eskamotiert. Aus dem vorbeugenden Bonapartismus wurde ein vorbeugender Faschismus.

Ein anderes Beispiel des "vorbeugenden Faschismus" (Trotzki) ist Polen, wo Pilsudski der heran nahenden proletarischen Revolution zuvor kam und sie durch einen überraschenden Schlag niederwarf. Pilsudskis Faschismus war vorbeugend in bezug auf das Proletariat, der Austrofaschismus vorbeugend in bezug auf seinen mächtigen braunen Konkurrenten.

Pilsudskis geringe Massenbasis gestattete nicht einmal jene bescheidene "Totalität", die die österreichische Konterrevolution aufzurichten vermochte. Das hat jedoch nichts an dem faschistischen Charakter des Pilsudskistreichs von 1926 geändert. Es ist oben nicht möglich, einen Faschismus ausschliesslich nach seiner "Stosskraft" zu beurteilen.

Die ungeheure Stosskraft des deutschen Faschismus hat drei Ursachen: die beispiellose Kapitulation der Arbeiterparteien; die mächtige konterrevolutionäre Psychose des Kleinbürgertums in den Jahren 1932/33, die zum Teil noch andauert; den konzentrierten Charakter des deutschen Kapitalismus, der nach einer entsprechenden Zusammenfassung in der Politik strebt. Der "Totalität" des Finanzkapitals entspricht im gewissen Sinne die Totalität des politischen Regimes.

Alle diese drei Regeln fehlen dem österreichischen Faschismus. Er musste eine blutige Schlacht liefern, aus der die Arbeiterklasse moralisch gestärkt hervorging. Er musste diese Schlacht liefern nicht gestützt auf die kleinbürgerlichen Massen, sondern angesichts einer Spaltung im konterrevolutionären Kleinbürgertum, angesichts der Gefahr, von dem braunen Wege hinweggeschwenkt zu werden. Hinter ihm steht nicht der imperialistische Expansionshunger einer wiedererstarkten Bourgeoisie, sondern eine Bourgeoisie, die ihre imperialistische Rolle im letzten Weltkrieg ausgespielt hat.

Die Lava der kleinbürgerlichen Konterrevolution, auf der Hitler sich vorwärts bewegte, verschüttete auch vollends dessen konservativen Koalitionspartner, die Papenclique.

Die geringe Massenbasis der faschistischen Kampfbewegung Starhemberg Feys ermöglichte eine weitgehende Selbstbehauptung des christlichsozialen Koalitionspartners und verleiht der Regierungselique den "kombinierten Charakter".

Nebenbei muss noch gesagt werden, dass diese Tatsache auch einem späteren "Abbau" der faschistischen Diktatur durch die Bourgeoisie im Gegensatz zu Deutschland oder Italien viel "mildere und friedlichere" Möglichkeiten eröffnet. Die österreichische Bourgeoisie wird den "Lakai, der ihr auf dem Nacken sitzt" (Trotzki) viel leichter abschütteln können als die deutsche oder italienische.

Aber gehen wir zum eigentlichen Thema zurück:

In Deutschland vollzieht sich die Umwandlung des Faschismus in den bürokratischen, faschistischen Bonapartismus etappenweise (30. Juni 1934, Kirchenkampf usw.). Auch sein heutiger Massencharakter und das Trägheitsgesetzliches gestrigen gibt dem Nationalsozialismus noch gewaltige Stosskraft.

Der Austrofaschismus hatte gerade die Kraft aufgebracht, den Stützpunkt gegen die durch die engere Führung geschwächte und unselbständige Arbeiterklasse zu führen. Am Tage nach seinem Siege aber ist er hilflos steckengeblieben und sogleich in das Fahrwasser der bürokratischen Diktatur eingeschwenkt. Dieses Merkmal des Austrofaschismus, sein sofortiger Übergang in das Stadium des nachfaschistischen Bonapartismus könnte bei einer richtigen marxistischen Führung die Wiederaufrichtung der revolutionären Front gewaltig beschleunigen. Indes bewirkt der Mangel einer solchen Führung, wie die Erfahrung zeigt, eine Stärkung des konterrevolutionären kleinbürgerlichen Naziflügels, der nach Vollendung der österreichischen Konterrevolution strebt (nach einem "wirklich starken Staat") und auch beginnt, tiefe Breschen in das proletarische Lager zu schlagen.

Wir dürfen uns über den Charakter der Nazibewegung nicht dadurch täuschen lassen, dass gegenwärtig im Vordergrund der Auseinandersetzungen die Fragen der Aussenpolitik stehen. Die nationalen Wunschträume des Kleinbürgertums sind mit ein wesentliches Merkmal ihrer sozialen Verzweiflung. Die Wunschträume können nur deshalb alle anderen Fragen überschatten, weil das "innere Problem", die Niederwertung der Arbeiterklasse vorübergehend gelöst ist.

Die falsche Politik der Arbeiterparteien hat zur Februarniederlage geführt. Die nicht minder falsche Politik der "erneuerten" Parteien begünstigt das Wachstum der konterrevolutionären Verzweiflung im Kleinbürgertum und die kleinbürgerliche Zersetzung in den Arbeiterreihen.

Ohne das Verständnis dieser Wechselwirkung ist es unmöglich, eine richtige Haltung zur nationalsozialistischen Bewegung einzunehmen, sich aber auch zugleich vor der Politik des "kleineren Übels" gegenüber dem Austrofaschismus zu hüten.

2. Wen "ausnützen", die Nazi oder Schuschnigg?

Dass diese Frage in den Vordergrund der Debatten rücken konnte, ist nur möglich durch das Uebersehen von zwei grundlegenden Tatsachen: Erstens wiederholen wir, die österreichische Arbeiterklasse befindet sich nach der Niederlage und zwar einer Niederlage von geschichtlichem Ausmass; Zweitens, die andauernde Verheerung in den Arbeiterreihen durch den Pseudomarxismus der herrschenden Arbeiterbürokratien verstärkt unweigerlich die Tendenzen, auf die Hilfe aus dem Lager des Klassengegners zu spekulieren. Die beiden Arbeiterführungen machen jetzt in "Antifaschismus, erfinden "Übergangsformen und Minimalprogramme". Die einen nennen Volksfront, die andere "Provisorische antifaschistische Regierung" (Bündnisantrag der ES). Hinter den Phrasen über die Diktatur des Proletariats lugt bereits die bürgerlich-demokratische Koalition hervor. Es geht um die innere Vorbereitung um den Sozialpatriotismus. Diese Rechtswendung, diese völlige Verleugnung des Klassenstandpunktes verstärkt automatisch die Anziehungskraft des sich "radikal" gebärdenden Nationalsozialismus auf verzweifelte und enttäuschte Arbeiterelemente. Die Gemeinsamkeit der Opposition gegen den Klerikofaschismus, die gemeinsamen Leiden der Illegalität, die masslose soziale Demagogie der Nazi - begünstigt dadurch, dass sie ihre hauptsächlich finanziellen Mittel nicht von den österreichischen Bourgeoisie sondern vom 3 Reich beziehen -, all diese Umstände machen breite Arbeiterkreise viel verständlicher und viel zugänglicher dem Gedanken eines Zusammengehens mit den Nazis.

Gerade hier muss unsere Aktivität einsetzen. Es gilt, nicht nur den Sozialpatriotismus und die entsprechenden Vorbereitungsmanöver der beiden Führungen bis auf Messer zu bekämpfen, nicht nur jeden Versuch,

Versuch, den Tolerierungsgedanken in der einen oder der anderen Form auch in unsere Reihen hineinzutragen, aufs schärfste zurückzuweisen. Es gilt auch, mit aller Kraft den Tendenzen entgegenzutreten, die unter pseudorevolutionären Phrasen die Arbeiter in das Schlepptau der braunen Konterrevolution zu bringen drohen. Den "Realpolitikern" von rechts und links müssen wir das Banner des internationalen revolutionären Klassenkampfes entgegenhalten, der sich die Wahl seiner Methoden, seiner Lösungen, seiner Massnahmen nicht vom Klassegegner vorschreiben lässt, der auf die eigene Kraft und nur auf die eigene Kraft vertraut, der seine erste Aufgabe darin sieht, den Proletariern das Bewusstsein ihrer geschichtlichen Sendung als der einzigen fortschrittlichen Kraft der Gesellschaft wiederzugeben. In dieser Einstellung liegt weder "Pathos" noch Phrase. Sie ist die einzigmögliche Realpolitik des Proletariats unter den Bedingungen des Verfallskapitalismus.

Um dies zu beweisen, werden wir auf die einzelnen in der Diskussion aufgetauchten Fälle konkret herangehen, obwohl diese "Fälle" zum grössten Teil mit hypothetischen Voraussetzungen geschaffen wurden.

3.) Einiges zum 25. Juli 1934.

Da ist vor allem die Frage, ob das passive Verhalten des Naziputsches vom Juli 1934 richtig gewesen sei. Manche Genossen meinen, das Proletariat hätte die Nazis "vorübergehend unterstützen", der Regierung einen Dolchstoß in den Rücken versetzen sollen, um dann - nach dem gemeinsamen Sieg mit den Nazis - sich gegen die Nazis zu wenden oder aber ihnen "Zuvorzukommen". Andere wiederum erklären, man hätte Schuschnigg als den weniger gefährlichen "Vorübergehend stärken" müssen, um so die Lockerung des Regimes zu erzielen. Schliesslich meinen manche, die Passivität sei selbstverständlich ein Verbrechen gewesen, denn man hätte im Juli demokratische Rechte erobert können. Sie sprechen aber nicht aus, was das Proletariat hätte tun sollen.

Der wichtigste Fehler erscheint uns, die Untersuchung der Frage rein unter dem Gesichtspunkt des isolierten Datums. In Wirklichkeit lag der Fall ganz anders. Der Zusammenstoss zwischen den Klerikofaschisten und den um ihren Siegesanteil betrogenen Nazis war unvermeidlich und lange vorauszusehen. Die illegale Bewegung befand sich vom Februar bis Juli in einem ungeahnten Aufschwung. Auch die allgemeine Stimmung der Arbeitermassen war optimistisch. Wenn die Arbeiterklasse von einer revolutionären Partei geführt worden wäre, die nicht um die Sorge um das Alibi für die erlittene Niederlage gelebt, sondern den weiteren Kampf nüchtern und zielbewußt vorbereitet hätte; wenn die Führung die Arbeiter systematisch auf den Zusammenstoss der beiden Gegner vorbereitet und die Möglichkeiten der Ausnützung breit diskutiert hätte, anstatt die Hoffnungen und Illusionen über die kommenden Heldentaten der Nazi gross werden zu lassen; wenn diese Führung im voraus die genauesten Scndierungen über den Grad der Kampfbereitschaft nicht nur der Avantgarde sondern auch der Arbeitermassen vorgenommen hätte; wenn der Kampf der beiden konterrevolutionären Flügel grössere Ausmasse angenommen hätte, als es tatsächlich der Fall war, dann hätte der Naziputsch vielleicht gewisse Möglichkeiten für einen neuen Vorstoss der Arbeiterklasse ergeben. Das Grundübel im Juli war nicht die Passivität, sondern das Fehlen einer marxistischen Führung. Gerade unsere Richtung darf diese fundamentale Tatsache nicht aus den Augen lassen. Mit diesen Arbeiterparteien war die passive Haltung während der Julitage unvermeidlich und noch das "kleinere Übel". Auch bei einer richtigen Führung hätte die Ausnützung der Lage gar nicht im "Bündnis" mit einer der kämpfenden

Konterrevolutionären Fraktionen bestehen müssen und erst recht nicht in Bauen von Barrikaden. Es hätte sich darum gehandelt, die Gegner sich erschöpfen zu lassen, die Lage durch vorbereitende Aktionen (Demonstrationen, Teilstreiks usw.) abzutasten, um den Sieger vom Februar zur Rückgabe des geraubten Gutes zu zwingen. Der Barrikadenbau, das heisst, der bewaffnete Aufstand kann nie Einleitung sondern nur Krönung, technischer Abschluss des Machtkampfes sein, der sich auf die gesamte Arbeiterklasse und nicht auf "die noch vorhandenen 6000 Schutzbündler" stützen muss. Alles andere wäre eine Vertiefung der Februarniederlage gewesen. Die "revolutionäre" Argumentation von der Notwendigkeit "des Ausnützens um jeden Preis" ("das Unmögliche möglich machen", wie Gen. E. so schön nennt), von der Gefahr abseits zu stehen usw. hat mit der leninistischen Strategie nichts zu tun. Das ist Putschismus der Verzweiflung, der praktisch zum Anhängsel der Konterrevolution wird.

An 30. Juni 1954 erhoben sich die "revolutionären S.A.Männer" gegen das Hitlerregime. Das war wirklich die erste, wenn auch schwache Bresche im Gefüge des deutschen Faschismus. Die revolutionären S.A.Männer liefen zu den Arbeitern und fragten: Was wollt ihr tun? Ihr kämpft doch auch gegen Hitlers Kapitalismus. - Faktisch versuchte auch die KP "das Ausnutzen um jeden Preis" und rief die dezimierte Arbeiterklasse....zum Generalstreik auf. Das Unmögliche wurde aber dadurch nicht möglich. Die einzige, dem damaligen Kräfteverhältnis entsprechende Ausnutzungsmöglichkeit war die der Klassenpropaganda unter den Enttäuschten und die Ernunterung der eigenen Reihen, dass der Faschismus auf die erste Stufe des Weges nach unten gestiegen ist und sich der konterrevolutionäre Schraubstock um einige Millimeter gelockert hat. Nicht weniger, aber auch nicht mehr....

- - - - -

GRUSS DEM "BOLSCHEWIK" !

Die Gruppe der "Revolutionären Kommunisten" hat sich ein eigenes Organ geschaffen, den "BOLSCHEWIK", dessen erste Nummer anfangs dieses Monats erschienen ist. Das Erscheinen des "BOLSCHEWIK", Ausdruck gesunder Gärung, innerhalb des K.J.V. und der K.P., bedeutet einen Schritt vorwärts auf unserem Wege: Eine neue Zeitung, die für die Ideen der IV. Internationale wirbt. Wir begrüßen den "BOLSCHEWIK" und wünschen ihm Erfolg in der Verfechtung unseres gemeinsamen Zieles, die besten, kritischsten Elemente des K.J.V. und der KP zu sammeln als Kader für eine neue kommunistische Partei. Freilich glauben wir, dass die Revolutionären Kommunisten in manchen Punkten irren. Insbesondere wird von ihnen die Frage der organisatorischen Zugehörigkeit zur KP und ihrer Probleme zu wenig scharf gestellt. Wir zweifeln aber nicht an der Bereitschaft der RK-Genossen den Weg, den sie nun einmal beschritten haben, konsequent zu Ende zu gehen.

Nachrichten. Der "N.Freien Presse" meldet ihr Athener Korrespondent: "Heute empfing König Georg die Vertreter der griechischen kommunistischen Partei in Audienz..... Die Vertreter der Partei erklärten, dass sie gewillt seien, am griechischen Staatsleben in seiner jetzigen Staatsform aufbauend mitzuwirken, da sie in den König den Garanten gegen den Faschismus in Griechenland sehen."

Aus der "Prager Presse" in ihrem Bericht über die tschechische Budgetdebatte:

" Abg. Zapotocky (Kom.) spricht seine Zustimmung zur Politik des Aussenministers aus, so weit sie auf den Frieden und ein Bündnis mit Sowjetrussland gerichtet ist..... Die Politik der Komm.Partei richtet sich nach den gegebenen Verhältnissen und deshalb hat sich der Standpunkt der Partei gegenüber der Aussenpolitik der Tschecho-Slowakei geändert. Redners Partei wird für den Voranschlag des Aussenministers stimmen. Was die Nationalverteidigung anlangt, erklärte Redner, er sei weder Pazifist, noch auch gegen die Armeen oder die Wehrfähigkeit, ja, er wage zu behaupten, dass für die Wehrfähigkeit bei uns wenig geschieht."

Die "Prager Presse" vom 6. Feber bringt folgende Havas-Meldung:

"Der Generalrat der belgischen sozialistischen Partei nahm mit 56 gegen 28 Stimmen die Tagesordnung an, und sprach damit den sozialistischen Ministern im belgischen Kabinett das Vertrauen aus, die nunmehr dadurch freie Hand zur Regelung des militärischen Problems im Einvernehmen mit ihren katholischen und liberalen Kollegen erhalten haben."

- - - - -

Berichtigung: In unserem Bericht über die B.L. in der ganzen Welt (E.W. Nr. 8.) haben sich einige Irrtümer eingeschlichen, die wir unbedingt richtig stellen wollen. Andererseits tragen wir Einzelheiten nach.

Zu Holland: In Holland hat unsere Partei, die R.S.A.P., eine selbstständige Jugendorganisation mit eigenem Jugendorgan: DE ROOD GARDIST. Bei den letzten Wahlen (51.000 Stimmen) wurde als ihr Vertreter Sneevliet ins Parlament gewählt.

Zu Spanien: Die ehemalige spanische Organisation der Linken Kommunisten vereinigte sich nach zahllosen Schwankungen nach rechts und nach links auf zentristischer Grundlage mit Maurins katalanischer Föderation zur Partei "Für marxistische Einheit". In Spanien besitzen wir also derzeit keine Sektion

Zu Griechenland: Statt des irreführenden Satzes: "Die Gewerkschaften stehen unter starkem Einfluss der B.L." soll es heissen: "Starke gewerkschaftlicher Einfluss der B.L."

- - - - -

Mitteilungen:

Wir werden in nächster Zeit unsere Stellung zur Kriegsfrage, zur RS und KP ausführlich darlegen.

Aus Platzmangel können wir in dieser Nummer einen Diskussionsartikel: "Wie kämpfen wir gegen den österreichischen Faschismus?" zum gleichnamigen Leitartikel im "E.W." Nr.8 nicht veröffentlichen. Wir werden ihn in unserer nächsten Nummer bringen.

Wir fordern alle Leser auf, durch den Ueberbringer dieser Zeitung uns Diskussionsartikel einzusenden oder Fragen zu stellen. Wir werden nach Möglichkeit auf alles eingehen.

* * * * *